

### 3. 13 Partizipation und Demokratiebildung

Mit dem Kinder und Jugendförderungsgesetz - (3. AG-KJHG – KJFÖG) wurde der Ansatz der Partizipation von Kindern und Jugendlichen sowohl inhaltlich als auch als zu erfüllendes Element in Verwaltungsabläufen festgeschrieben. Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe haben dafür Sorge zu tragen, dass Kinder und Jugendliche entsprechend ihrem Entwicklungsstand in den sie betreffenden Angelegenheiten rechtzeitig, in geeigneter Form und möglichst umfassend unterrichtet sowie auf ihre Rechte hingewiesen werden. Zur Förderung der Wahrnehmung ihrer Rechte sollen bei den Trägern der öffentlichen Jugendhilfe geeignete Ansprechpartner zur Verfügung stehen. Kinder und Jugendliche sollen an allen ihre Interessen berührenden Planungen, Entscheidungen und Maßnahmen, insbesondere bei der Wohnumfeld- und Verkehrsplanung, der bedarfsgerechten Anlage und Unterhaltung von Spielflächen sowie der baulichen Ausgestaltung öffentlicher Einrichtungen in angemessener Weise beteiligt werden. Zudem fordern Kinder und Jugendliche Beteiligung ein.

#### Ziele

- Beteiligung von Kindern und Jugendlichen
- Demokratiebildung und Demokratieförderung
- Eigenständige Jugendpolitik als Leitbild der Kommunen

#### Ist-Stand

- Zahlreiche Angebote wie
  - „Jugend goes Politik“
  - „Woche der Demokratie“
  - Zeitzeugengespräch Dr. Küsel
  - Erstellung des Kinder- und Jugendförderplans 2020 – 2025
  - Wahlsimulationen zur Kommunalwahl 2020
- Etablierung „Eigenständige Jugendpolitik“ im Prozess
- Kooperationen z. B. mit dem Kommunalen Integrationszentrum oder der VHS
- Definierter Auftrag für die „Kinder- und Jugendbüros“ in Bönen, Fröndenberg/Ruhr und Holzwickede

#### Handlungsbedarf/Herausforderungen/Perspektiven

Positiv anzumerken ist, dass Jugendliche heute politisch denken und handeln und die Gesellschaft mitgestalten wollen. Das Bild von einer unpolitischen Jugend ist überholt. „Eigenständige Jugendpolitik aus Sicht der kommunalen Jugendförderung“<sup>1</sup> zielt darauf ab, Jugendlichen Zugänge zur kommunalen Öffentlichkeit zu erschließen und ihre Anliegen zum Ausgangspunkt für kommunalpolitisches Handeln zu machen und ist beteiligungsorientiert. Dies steckt noch in den Anfängen der Umsetzung. Partizipation meint häufig nur eine Vorstufe. „Anhörung“ bzw. „Einbeziehung“. Es fehlen die Elemente „Mitbestimmung“ oder „Entscheidungskompetenzen“. Die Formen von echter Mitbestimmung werden zurzeit massiv eingefordert, siehe „Fridays for Future“. Dabei müssen sich die Beteiligungsformen den

---

<sup>1</sup> Siehe „Eigenständige Jugendpolitik aus Sicht der kommunalen Jugendförderung: Ansatzpunkte für eine jugendgerechte Gesellschaft“, Diskussionspapier, zu beziehen über das LWL-Landesjugendamt

veränderten Kommunikationsbedingungen der Jugendlichen anpassen. Sie sind nicht im Rahmen der etablierten Politikstrukturen abgebildet.